

Wolfgang Kreil
Oberbuergermeister-Kreil@gmx.de
18. September 2010

Situation der Kommunalfinanzen in Oberfranken

Kreditaufnahme 2010

Freistaat Bayern: 0,- Euro

Landkreise in Ofr. 60.241.200,- Euro

Gemeinden in Ofr. 203.857.542,- Euro

Kommunen zusammen in Ofr. 264.098.742,- Euro

Anlage zu Kommunal финанzen in Oberfranken

Körperschaft	Kreditaufnahme Landkreis	davon nicht genehmigt	Kreditaufnahme Gemeinden	davon bislang nicht genehmigt
Stadt Bayreuth			8.884.000	-
Stadt Coburg			0	-
Stadt Bamberg			13.745.000	-
Stadt Hof			34.539.030	?
LK Bayreuth	7.000.000	-	19.027.841	1.041.003
LK Coburg	1.520.000	-	10.594.700	271.000
LK Bamberg	1.400.000	-	9.557.705	567.865
LK Forchheim	4.320.000	-	16.476.300	-
LK Kulmbach	2.900.000	-	15.815.600	?
(16 v. 22 Gem.)				
LK Hof	27.840.000	-	6.958.688	?
LK Wunsiedel	3.886.200	586.400	42.683.155	13.902.775
LK Kronach	5.740.000	-	9.714.566	1.778.146
(17 v. 18 Gem.)				
LK Lichtenfels	5.635.000	-	15.860.957	3.420.459
(9 v. 11 Gem.)				
	60.241.200		203.857.542	

Die Auflistung enthält Unschärfen, da die Abgrenzung mit/ohne Eigenbetriebe nicht exakt vorgenommen werden konnte.

Nicht genehmigte Kreditaufnahmen wurden erfasst, soweit entsprechende Entscheidungen oder Schätzungen übermittelt wurden; zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Statistik war über einige Gemeindehaushalte noch nicht entschieden.

Kreditaufnahmen von Zweckverbänden und Kassenkredite wurden ebenfalls nicht erfasst; sie erhöhen die ausgewiesenen Beträge

Wolfgang Kreil
Oberbürgermeister der Stadt Selb

Stand 6.8.2010

Kreisumlage und Umlage-Soll Stadt Pegnitz

Jahr	Kreisumlage Pegnitz in €	Umlage-Soll in €
2001	3.427.461	22.314.191,50
2002	2.988.000	22.310.899,00
2003	3.339.000	22.538.120,72
2004	2.795.616	20.773.874,58
2005	3.418.100	23.375.120,98
2006	3.233.330	24.151.568,92
2007	3.264.700	24.077.667,50
2008	3.257.900	23.481.044,08
2009	4.016.300	27.493.303,55
2010	4.281.700	31.151.756,13
2011		28.884.486,88
2011	fiktiv*	36.000.000,00

**Steigerung in 10 Jahren
13,69 Mio. € oder 61 %**

* Der Landkreis erhöht die Kreisumlage nicht, der Hebesatz verbleibt bei 41 %-Punkten. Wegen der gesunkenen Umlagekraft sinkt dadurch das Umlagesoll auf 28,89 Mio. €. Statt dessen werden 3,45 Mio. € Rücklagen aufgelöst und 3,7 Mio. € neue Schulden aufgenommen. Zur "normalen" Finanzierung wäre eine Umlage-Soll von rund 36 Mio. € notwendig gewesen. Spätestens 2012 wird das Umlage-Soll diese Marke erreichen, wahrscheinlich sogar übertreffen.

**Auswertung der Umfrage "Gewerbsteuer 1. - 4. Vierteljahr 2010"
bei den kreisfreien Städten**

Stadt	Gewerbsteuer (brutto) 1. bis 4. Quartal		
	2008*	2009*	2010**
	in 1.000 €		
161 Ingolstadt	112.012	110.596	115.486
162 München	1.673.228	1.386.128	1.468.113
163 Rosenheim	39.454	36.553	34.653
261 Landshut	30.008	28.216	40.956
262 Passau	34.924	26.206	32.722
263 Straubing	26.604	20.253	32.763
361 Amberg	27.933	9.765	14.745
362 Regensburg	133.324	96.760	159.786
363 Weiden	21.337	14.862	15.701
461 Bamberg	38.213	28.478	35.764
462 Bayreuth	47.204	24.692	49.851
463 Coburg	110.148	79.947	43.902
464 Hof	16.870	10.311	12.591
561 Ansbach	10.633	10.180	12.828
562 Erlangen	75.965	56.889	52.428
563 Fürth	44.412	34.220	42.242
564 Nürnberg	392.834	298.232	336.356
565 Schwabach	14.075	13.844	13.700
661 Aschaffenburg	36.444	26.794	36.098
662 Schweinfurt	102.542	40.948	57.961
663 Würzburg	56.245	48.661	68.702
761 Augsburg	171.715	105.764	118.692
762 Kaufbeuren	11.312	8.786	9.271
763 Kempten	34.983	30.305	31.149
764 Memmingen	32.940	18.912	25.541
Summe:	3.295.363	2.566.304	2.862.001

* Zahlen entnommen aus der Vierteljahresstatistik-GFK, Bayer. Landesamt für Statistik u. Datenverarbeitung, Summen enthalten Rundungsdifferenzen

** Zahlen lt. Meldung der kreisfreien Städte

Gewerbsteuer der Stadt Pegnitz im Hinblick auf die Unternehmenssteuerreform 2008

1. Gesamtsteuerbelastung der Unternehmen

Zielsetzung des Gesetzes war bzw. ist es, die Gesamtsteuerbelastung der Unternehmen aus Ertragsteuern und Gewerbesteuer von etwa 39 % vor 2008 auf einen Wert unterhalb der magischen Grenze von 30 % zu senken. Dadurch werden Steuerausfälle von rund 5 Milliarden Euro erwartet.

Für Kapitalgesellschaften wird zu diesem Zweck

- der Körperschaftsteuersatz von 25 v. H. auf 15 v. H. und
- die Gewerbesteuermesszahl von 5 v. H. auf 3,5 v. H. gesenkt (der Freibetrag nach § 11 Abs. 1 GewStG bleibt unberührt).

Für Unternehmen, die der Einkommensteuer unterliegen, (also Einzelunternehmer und Personengesellschaften – das sind etwa $\frac{3}{4}$ aller Unternehmen in Deutschland), wird

- eine so genannte Thesaurierungsbegünstigung eingeführt (erwirtschaftete Gewinne, die nicht ausbezahlt sondern im Unternehmen belassen werden, werden mit einem Einkommensteuersatz von 28,25 % zuzüglich Solidaritätszuschlag besteuert, § 34 a EStG)
- die bisherige Messzahlenstaffel von 1,0 v. H. bis 5,0 v. H. ersetzt durch eine einheitliche Gewerbesteuermesszahl von 3,5 v. H., wobei der Freibetrag von 24.500,00 Euro unverändert bleibt,
- die Direktverrechnung der Gewerbesteuer mit der Einkommensteuerschuld auf den 3,8-fachen Gewerbesteuermessbetrag angehoben.

Gleichzeitig werden verschiedene Gegenfinanzierungsmaßnahmen ergriffen, wie z. B. der Betriebsausgabenabzug der Gewerbesteuer abgeschafft, Abschreibungsregelungen verändert, eine „Zinsschranke“ eingeführt und die Hinzurechnungsvorschriften für die Gewerbesteuer neu gefasst. Außerdem wird ab 2009 eine Abgeltungssteuer für Kapitalerträge eingeführt.

2. Gewerbesteuer

Eine der wichtigsten Gegenfinanzierungsmaßnahmen ist die Abschaffung des Betriebsausgabenabzugs der Gewerbesteuer. Sie wird damit zu einer echten Steuerbelastung und schmälert nicht mehr den Gewinn, aus dem sie zu berechnen ist (der bisherige „Schaukeleffekt“ entfällt also). Der Bund schätzt, dass dadurch etwa 4,5 Milliarden Euro Gewerbesteuermehreinnahmen entstehen werden. Rund 1,4 Milliarden Euro kommen durch Änderung der Abschreibungsregelungen (Abschaffung der degressiven Abschreibung und der Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter) hinzu. An Gewerbesteuermehraufkommen durch „Sicherung des nationalen Steuersubstrats“ werden nochmals 1,8 Milliarden Euro angesetzt (gemeint ist damit, dass bisherige Gewinnverlagerungen ins Ausland unterbleiben werden und damit das Steueraufkommen im Inland steigen wird – ein Prinzip „Hoffnung“, das sich erst noch erweisen muss). Weitere meist geringer bedeutsame Gegenfinanzierungsmaßnahmen runden das Bild ab.

Im Gegenzug für die Abschaffung des Betriebsausgabenabzugs wird die Möglichkeit der Direktverrechnung der Gewerbesteuer mit der Einkommensteuerschuld verbessert. Für Unternehmer, die nicht der Körperschaftsteuer sondern der Einkommensteuer unterliegen, also Einzelunternehmer und Personengesellschaften, wird der Anrechnungsfaktor von 1,8 auf 3,8 des Gewerbesteuermessbetrags angehoben (§ 35 EStG). Im Unterschied zu bisher ist der Abzug jedoch auf tatsächlich zu zahlende Gewerbesteuer beschränkt. Diese Regelung, die zu Steuerausfällen bei der Einkommensteuer und beim Solidaritätszuschlag (jedoch nicht bei der Gewerbesteuer) von ca. 5,3 Milliarden Euro führt, gibt Anlass, über die Hebesatzpolitik der Gemeinden nachzudenken:

Etwa drei Viertel aller Unternehmen in Deutschland unterliegen der Einkommensteuer. Für sie gilt die verbesserte Direktverrechnungsmöglichkeit. Mit anderen Worten: Eine Gemeinde kann also mit

einem niedrigen Gewerbesteuerhebesatz keine „Wirtschaftsförderung“ mehr betreiben. Beträgt der Hebesatz etwa 300 v. H., kann der Personenunternehmer auch nur den 3,0-fachen Gewerbesteuermessbetrag abziehen; beim Hebesatz 350 v. H. ist es der 3,5-fache, bei 380 v. H. der 3,8-fache Gewerbesteuermessbetrag. Liegt der Hebesatz der Gemeinde hingegen z. B. bei 400 v. H. oder höher, so bleibt die Direktverrechnungsmöglichkeit beim 3,8-fachen Gewerbesteuermessbetrag. Die Folge ist, dass Gewerbesteuerhebesätze von 380 v. H. für Personenunternehmen **im Ergebnis belastungsneutral sind**, weil die gesamte bezahlte Gewerbesteuer in diesem Fall von der Einkommensteuerschuld abgezogen werden kann. Berücksichtigt man auch noch den Solidaritätszuschlag, so liegt der belastungsneutrale Gewerbesteuerhebesatz sogar bei 400 v. H. (Direktverrechnung zwar nur in Höhe des 3,8-fachen Satzes; zur ersparten Einkommensteuer kommt aber noch die weitere Ersparnis beim Solidaritätszuschlag mit 5,5 % der verrechneten Gewerbesteuer hinzu).

Wie sieht es aber bei den Kapitalgesellschaften aus? Sie haben keine Direktverrechnungsmöglichkeit der Gewerbesteuer mit der Körperschaftsteuer. Für sie gilt allerdings folgendes:

Die Ertragssteuerbelastung von Kapitalgesellschaften (Körperschaftsteuer) beträgt 15 v. H. gegenüber bis zu 42 v. H. (Spitzensteuersatz der Einkommensteuer) von Personenunternehmen bzw. 28,25 v. H. im Falle thesaurierter Gewinne (§ 34 a EStG). Ihre Gesamtbelastung aus Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer liegt daher bei einem Hebesatz von 380 bzw. 400 v. H. unterhalb der Gesamtbelastung von Personenunternehmen. Wie vom Kämmerer einer namhaften Großstadt im Rahmen eines Vortrags dargestellt, ist die Gesamtsteuerbelastung von Kapitalgesellschaften und Personenunternehmen erst bei einem Gewerbesteuerhebesatz von ca. 490 v. H. in etwa gleich hoch. Das bedeutet, dass Kapitalgesellschaften bei einem gemeindlichen Hebesatz von weniger als 490 v. H. vergleichsweise immer noch weniger Steuerbelastung erfahren als Personenunternehmen. Eine Benachteiligung von Kapitalgesellschaften durch gemeindliche Hebesatzanpassungen in diesem Rahmen erscheint damit ausgeschlossen.

3. Auswirkungen auf andere Einnahmen oder Ausgaben:

Ergänzend wird angemerkt, dass eine Erhöhung bei der Gewerbesteuer oder Grundsteuer auf 380 oder 400 Prozentpunkte keinen Einfluss auf die Steuer- bzw. Umlagekraft hat, weil dort Nivellierungshebesätze einfließen. Das heißt Umlagen, die von der Stadt Pegnitz entrichtet werden müssen, steigen dadurch nicht. Ebenso findet die Steuerkraft Eingang in die Berechnung der Schlüsselzuweisung, d. h. auch hier wirkt sich eine Erhöhung der Gewerbesteuer bzw. Grundsteuer nicht negativ für die Stadt Pegnitz aus. Lediglich bei der Einkommensteuer wirkt sich eine Erhöhung der Gewerbesteuer aus, weil dann die tatsächlich gezahlte „höhere“ Gewerbesteuer von der Einkommensteuer abgesetzt werden kann. Diese Auswirkung ist jedoch nicht so gravierend, weil die Stadt an der Einkommensteuer nur zu 15 % beteiligt ist. Eine Vorabrechnung der Wirkung auf die Einkommensteuer kann nicht erfolgen, weil dafür die Grundlagendaten (z. B. jeweiliger persönlicher Steuersatz) nicht vorliegen.

Wirkung der Einwohnerzahlen auf wichtige Einnahmequellen der Gemeinde

Schlüsselzuweisung: Die Schlüsselzuweisung wird berechnet durch Vergleich einer Ausgangsmeßzahl (abhängig von den Einwohnern, seit 2006 gibt es einen demografischen Faktor in Form eines Fünf-Jahres-Schnitts) mit der Steuerkraftzahl. Einwohnerzuwächse bedeuten eine höhere Ausgangsmeßzahl (an den Einwohnern festgemachter Geldbedarf einer Gemeinde) und damit höhere Schlüsselzuweisungen bzw. höherer Bedarf und damit überhaupt erst einen höheren Bedarf als die eigene Steuerkraft und somit eine Schlüsselzuweisung. Umgekehrt bei Einwohnerverlust niedrigere Schlüsselzuweisungen. Der demografische Faktor verzögert nur den Effekt, er stoppt ihn nicht. Nachrichtlich wird darauf hingewiesen, dass Nebenwohnsitze mit dem Stand der letzten Volkszählung 1987 einfließen, weil eine Fortschreibung wegen der melderechtlich ungenügenden Kontrollmöglichkeit nicht vorgesehen ist. Das kann natürlich zu weiteren Verwerfungen führen, wenn durch Einführung der Zweitwohnungssteuer viele Zweitwohnsitzinhaber bewegt worden sind, die Zweitwohnsitze in Hauptwohnsitze umzuwandeln, bei der Schlüsselzuweisung die Zahl der Zweitwohnsitze aus 1987 aber noch zusätzlich gilt (z. B. Universitätsstädte wie München). Im Gegenzug fehlen in Abwanderungsgebieten die Erstwohnsitze und die gestiegene Zahl der Zweitwohnsitze (z. B. aufgrund der Umwandlung des vorherigen Erst- in einen Zweitwohnsitz) findet keine zusätzliche Berücksichtigung. Da besteht ein gewisser System immanenter Verstärkungsmechanismus auch durch die Zweitwohnungssteuer (Stichwort: Einwohnerkannibalismus).

Einkommensteueranteil: Die Einkommensteueranteil wird auf die Gemeinden nach dem jeweiligen örtlichen Aufkommen verteilt. Das örtliche Aufkommen richtet sich nach den mit Erstwohnsitz gemeldeten Lohn- und Einkommensteuerzahler. Bei Einwohnerzuwachs steigt im Normalfall die Zahl der Steuerzahler und damit automatisch das örtliche Aufkommen. Deshalb profitieren Zuwachsgebiete auch durch den Einwohnerzuwachs beim Einkommensteueranteil.

Problem Einwohnerverlust/-zuwachs: Städte oder Räume mit Einwohnerzuwachs profitieren bei der Schlüsselzuweisung und bei der Einkommensteuerbeteiligung. Durch den Einwohnerzuwachs werden die vorhandenen Infrastruktureinrichtungen besser ausgenutzt und effektiver genutzt, die „Stückkosten“ pro Einwohner sinken. Auch davon profitieren diese Städte bzw. Räume. Neue Infrastrukturkosten entstehen bedingt nur durch den Einwohnerzuwachs nicht im gleichen Maß. Städte und Räume mit Einwohnerverlust müssen die vorhandene Infrastruktur aufrecht erhalten, die Nutzung wird uneffektiv und wegen der Fixkosten teurer. Die „Stückkosten“ pro Einwohner steigen. Gleichzeitig sinken die Schlüsselzuweisungen und die Einkommensteuerbeteiligung. Die Kosten für die Infrastruktur sind nicht oder nur sehr bedingt abbaubar. Gerade die **Versorgung mit schnellem Internet (DSL) ist ein Paradebeispiel** für diese Entwicklung. Während in Zuwachsgebieten und Ballungsräumen die Versorgung in der Regel gewährleistet ist ohne Beteiligung der Kommunen, müssen in ländlich strukturierten Gebieten (in der Regel auch die Abwanderungsgebiete) die Gemeinden erhebliche Investitionen tätigen, damit überhaupt eine schnelle Versorgung gewährleistet wird. Können die betroffenen Gemeinden diese Investition nicht tätigen (Stadt Pegnitz 2010 304.000 €, Zuschüsse Freistaat 100.000 €) sinkt die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit erheblich.

Umsatzsteuerbeteiligung: Nach der Mitteilung des Landesamtes für Statistik erhält die Stadt Pegnitz 0,000820837 Anteile an dem bayernweiten 2,2 %igen Anteil der Gemeinden an der Umsatzsteuer. Der Schlüssel hat nichts mit dem steuerbaren Umsatz oder die darauf entrichtete Mehrwertsteuer zu tun, sondern ist ein Schlüssel der das damalige Aufkommen an der Gewerbesteuer aufkommen vor 1998 widerspiegelt (Komponenten: Gewerbesteuer aufkommen, Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze usw.). Nach Auskunft des Landesamtes weist die Statistik zwar den steuerbaren Umsatz vor Ort (aber nur den von Firmen mit Hauptsitz am Ort) nach, aber nicht die entrichtete Mehrwertsteuer.